

Resolution der SPD Heidekreis

Die Sorgen der Menschen ernst nehmen!

Der Schutz von Mensch und Natur ist Priorität unseres politischen Handelns. Für die SPD Heidekreis hat die Gesundheit der Menschen, der Schutz der Natur und des Trinkwassers Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Bei allen behördlichen Entscheidungen muss der Grundsatz des Vorrangs der öffentlichen Wasserversorgung strengstens berücksichtigt werden.

In den Ortschaften der Region, in denen aktuell über Bohrvorhaben diskutiert wird, gibt es eine große Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger. Gerade die Situation der ungeklärten auffälligen Krebsfälle in räumlicher Nähe zur Erdgasförderung im Landkreis Rotenburg (Wümme) und die ungeklärten gesundheitlichen Folgen der Förderungen von Gas- und Ölvorkommen verunsichern. Diese Sorgen nehmen wir ernst. Wir fordern den Landkreis und den zuständigen Landesminister Althusmann auf, hier aktiv zu werden.

Angesichts der vermehrten Krebserkrankungen in benachbarten Regionen mit Förderungen von Gas- und Ölvorkommen fordert die SPD Heidekreis: Keine neuen Erkundungsbohrungen oder Förderungen von Gas- und Ölvorkommen im Landkreis Heidekreis, solange die auffälligen Krebsfälle in räumlicher Nähe zur Erdgasförderung im Nachbarlandkreis Rotenburg (Wümme) und die gesundheitlichen Folgen der Förderungen von Gas- und Ölvorkommen nicht aufgeklärt sind.

Dazu müssen das Land Niedersachsen, der Landkreis Heidekreis und die Kommunen alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, die ihnen gegeben sind. Die SPD Heidekreis unterstützt die Resolution des Rates der Stadt Bad Fallingb., die die Erkundung und Förderung von Gas- und Ölvorkommen unabhängig von Art und Weise der angewandten Methodik ablehnt. Wir unterstützen auch die Forderungen der Stadt, die insgesamt greifen müssen, sollte es doch zu einer Genehmigung von Förderungen kommen. Gerade Informations- und Transparenzpflichten müssen dabei eingehalten werden.

Die SPD Heidekreis fordert den Landkreis Heidekreis auf, alle seine Möglichkeiten, beispielsweise im Rahmen der regionalen Raumordnungsbefugnisse, zu ergreifen, sodass neue Erkundungsbohrungen oder Förderungen von Gas- und Ölvorkommen ausgeschlossen werden können. Gerade der Schutz des Trinkwassers muss gewährleistet werden. Daher müssen besonders in Vorranggebieten für Trinkwasser Erkundungsbohrungen oder Förderungen von Gas- und Ölvorkommen ausgeschlossen werden.

Die SPD Heidekreis fordert den zuständigen niedersächsischen Wirtschaftsminister Bernd Althusmann auf, ein Moratorium für geplante Erkundungsbohrungen oder Förderungen von Gas- und Ölvorkommen im Landkreis Heidekreis auszusprechen, bis die auffälligen Krebsfälle in räumlicher Nähe zur Erdgasförderung im Nachbarlandkreis Rotenburg (Wümme) aufgeklärt sind. Dieses Moratorium ist auch im Sinne der laufenden Verbotprüfung auf Grundlage des niedersächsischen Koalitionsvertrages und greift Entscheidungen nicht vor. Wir begrüßen die Untersuchungen der niedersächsischen Landesregierung, die Krebsfälle im Landkreis Rotenburg (Wümme) aufzuklären. Diese laufenden Untersuchungen sowie die bisherigen Erkenntnisse müssen wir ernst nehmen und daher vorerst keine Erkundungsbohrungen oder Förderungen von Gas- und Ölvorkommen im Landkreis Heidekreis zulassen. Zudem prüft das Land Niedersachsen derzeit, ein Verbot des Bohrens nach Erdöl und Erdgas in Wasserschutzgebieten sämtlicher Schutzzonen zu beschließen. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

Die SPD Heidekreis fordert gerade das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie als zuständige Genehmigungsbehörde auf, die betroffenen Kommunen möglichst frühzeitig und intensiv bei der Entscheidung über mögliche Bohrvorhaben zu beteiligen. Das gilt insbesondere für alle Umweltbelange. Sofern Erkundungsbohrungen oder die Förderungen von Gas- und Ölvorkommen dennoch genehmigt werden sollten, müssen die Risiken für Mensch und Natur soweit wie möglich begrenzt werden. Dabei gilt das Vorsorgeprinzip des Wasserrechts: Es darf keine Wahrscheinlichkeit für eine Gefährdung von Gewässern bestehen. Auch hierzu müssen das Land Niedersachsen, der Landkreis Heidekreis und die Kommunen alle Möglichkeiten ergreifen.